

Ein gutes
eiderind
einen schwarzbunten
gen Stier zu ver-
zu ertragen bei
einer, Rhede.
Südtelmer Möhren
e große Bohnen
ommen, 1 Bund 2,00
und 8,50 M.
Belting,
ngerstr., Westgation

der Kronenfr.
des Bahnhofes kann
hutt
hren werden.
holter Holzindustrie.

ollwagen
100 Bentner Trag-
it, zu verkaufen.
eres Geschäftsstelle.

rock-Anzug
getragen, 1 Kranen-
n und ein Gehrod
kaufen.
eres Geschäftsstelle.

aufammengerollter
mit Säeiner-Sand-
zeng am Reitor
verloren.
Maas, Schanz,
Schreinermeister.

Sonntag morgen
9 Uhr-Messe von
vorgeladene bis zur
erstenstraße eine
anzled. Handlache

alt (Weld u. Monats-
ocholt-Welbg.) ver-
im Wüchse ge-
lohung, wird gebeten.
Heinr. Wente,
Kurfürstenstr. 689.

ANT
HLOSS.
2):
chen.
tag:
nziert.

r.
chirmer.
AAAAA
POST.

stags:
Konzerte
amen, ausgeführt
Hauskapelle.
sammensein.

AAAAA
AULET.
5 Uhr an;
nziert.
onzert.

AAAAA
Viethold.
g:
ränzchen
mittags.
nziert.

AAAAA
nziert.

AAAAA
nziert.

AAAAA
nziert.

AAAAA
nziert.

Bocholter Volksblatt

Anholter Zeitung

Organ der Zentrumsparlei

ntlicher Anzeiger der Städte Bocholt und Anholt, der Aemter Rhede, Dingden, Viedern und Berth

18. Jahrgang

Dienstag, 4. März 1919

Nummer 52

An die Arbeit! Ein Aufruf der Reichsregierung.

Weimar, 2. März. Das Kabinett hat ange-
sichts der gegenwärtigen Lage in seiner heutigen
Sitzung beschlossen, folgenden Aufruf zu erlassen:

Während Nationalversammlung und Reichs-
regierung in voller Erkenntnis und Würdigung
der ihnen vom freien deutschen Volk übertragenen
großen Aufgabe am demokratischen Funda-
ment der Republik arbeiten, droht wirtschaftliche
und politische Anarchie das Reich zu zerstören.
Terroristische Elemente wollen die aus dem
freiesten Wahlrecht hervorgegangene National-
versammlung beseitigen. Jedes Mittel dazu ist
ihnen recht. Sie streben darnach, Weimar vom
übrigen Deutschland abzusperren und dadurch
Reichsregierung und Nationalversammlung glei-
chermaßen reiflos zu machen.

Demgegenüber erklären wir: Nichts darf den
Abbruch der Verfassung abhalten. Die Arbeit
der Nationalversammlung an der Überwin-
dung politischer und wirtschaftlicher Nöte darf
nicht gehindert werden. Sie soll uns den Frie-
den bringen! Diese Lebensnotwendigkeit wer-
den wir mit aller Entschlossenheit sicherstellen.
Verleumdung gefährlichster Art ist es, wenn die
gewalttätigen Schürer des Aufruhrs behaupten,
Nationalversammlung und Reichsregierung hät-
ten sich den Aufgaben der Stunde entzogen, den
Vorgängen im Reich kein Gehör geschenkt oder
wollten gar die Arbeiterschaft um die Früchte
der Revolution bringen. Wir stehen und fallen
mit den Grundfragen der Demokratie. Hier gibt
es für uns kein Pattieren. Die politische Macht
gehört allein der freigewählten Vertretung des
Volkes und der von ihrem Vertrauen getragenen
Regierung. Das Selbstbestimmungsrecht des
deutschen Volkes nach innen muß so gut wie das
nach außen gegen jede Gewalt gesichert werden.

Noch größer als die politische Gefahr ist die
wirtschaftliche Notlage unseres Landes. Die
Kohlenförderung steht in erschreckendem Maße.
Zahllose Fabrikbetriebe stehen still, eine unge-
heure Armee von Arbeitslosen ist angewachsen.
Täglich werden neue Bahnlinien stillgelegt. Der
öffentliche Verkehr ist zum Stillstand gekommen.
Trotzdem nicht mehr den notwendigsten Teil an
Verkehr und Transport.

Da lautet das erste Gebot: An die Arbeit!
Nur die kann uns retten. Jeder Streik führt
uns einen Schritt näher dem Abgrund. Wie
in allen Verhandlungen mit den Vertretern der
Arbeitserklären wir auch heute: Gleich wich-
tig wie die politische ist uns die wirtschaftliche
Demokratie. Nur sie kann alle Kräfte wecken

und am Werke halten, die unsern völligen Unter-
gang abzuwenden vermögen. Wir sind dabei,
das Geheiß der wirtschaftlichen Demokratie
zu schaffen: das einheitliche soziale Arbeiterrecht
auf freier Grundlage. Wir werden die
Organe der wirtschaftlichen Demokratie auf-
bauen, die Betriebsräte, wie wir sie schon in den
Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem
Ruhrgebiet und aus Halle vorgeschlagen haben,
die aus freiesten Wahlen hervorgegangene beru-
fene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir
werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie
erreichen: die konstitutionelle Fabrik auf demo-
kratischer Grundlage. All das in Verbindung
mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die
sich, vor allem Bergbau und Erzeugung von
Energie, zur Übernahme in öffentliche oder ge-
meinschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der
öffentl. Kontrolle unterstellt werden kön-
nen. Im neuen Deutschland soll Arbeit soziale
Pflicht sein, Müßiggang und genußsüchtiges
Drogenrausch mit allen Mitteln unterdrückt und
ausgemergelt werden. Vorwärts darum auf dem
Weg organisch aufbauender Arbeit!

Wilde Sozialisierungsversuche aber, terroris-
tischen Zwang gegen die Arbeiterschaft, bewaff-
neten Aufruhr, Zerstörung des Reichs wer-
den wir rücksichtslos bekämpfen. Uns ist jedes
Menschenleben heilig. Die Revolution gibt kei-
nen Freibrief auf Raub, Mord und Gewalttätig-
keit jeder Art. Über allem steht das Leben des
Volkes. Wer sich an ihm vergeht, ist unser
Feind! Die Strenge des Gesetzes wird ihn tref-
fen. Nach vier Jahren furchtbaren Krieges mit
ungeheuren Zerstörungen an Kulturwerten und
einem Meer von Blut wollen wir nicht, daß auch
noch die Schrecken des Bürgerkrieges mit sei-
nen mörderischen Bruderkämpfen, mit all seinem
Haß und seiner Zerrüttung unser Vaterland zer-
stören. Friede nach innen und außen, Wieder-
aufbau und Wiedergewinnung, das ist die Schu-
lacht unseres leidenden Volkes. Eine gewaltige
Mehrheit von 22 Millionen Wählern hat uns
zur Reichsregierung berufen. Steht zu uns, wie
wir zu euch stehen! Das ganze Volk schließt sich
uns an gegen Vergewaltigung, Zerstörung, Zu-
sammenbruch. Wenn wir einig sind, ist uns die
Zukunft sicher!

Das Reichsministerium Scheidemann, Schil-
fer, Bauer, Bell, Graf Brockdorff-Rantzau, Da-
vid, Erzberger, Giesberts, Gothein, Röth,
Landsberg, Noske, Preuß, Robert Schmidt,
Mißel.

Der Kampf um die Arbeit.

Schon seit Monaten führen die Mehrheits-
sozialisten mit den Unabhängigen und Sparta-
listen einen Kampf um die Arbeit. Jedem Ein-
sichtigen im Deutschen Reich war es von vorn-
herein klar, daß unser niedergedrücktes Vater-
land sich nur durch äußerste Anspannung aller
Kräfte, durch rastlose Arbeit wieder erheben
kann. Um diese einzige Rettung aus tiefster
Not nicht zu gefährden, hat auch das in seiner
überwiegenden Mehrheit revolutionsfeindliche Bür-
gertum die Revolution taten- und widerstands-
los über sich ergehen lassen. Durch seine feste
Haltung hat es auch erreicht, daß die rote Flut
eingedämmt und in ruhigere Bahnen gelenkt
wurde, denn auch die Mehrheitssozialisten er-
kannten bald, daß dieses Bürgertum seinerseits
es in der Hand hielt, Arbeitsmöglichkeiten mit
Erfolg zu schaffen und einen Wiederaufbau auf
lange Zeit unmöglich zu machen. Brot und
Friede, die leuchtendsten Hoffnungssterne in der
dunkelsten Nacht unseres deutschen Vaterlandes
waren nur durch Arbeit zu erlangen und diese
wiederum war und ist nur möglich, durch gegen-
seitiges Verständnis und Ausgleich. Nach man-
chem bedauerlichen Irrweg hat die Mehrheitsso-
zialdemokratie auch den einzigen Ausweg aus

dem Wirrwal beschritten und, im Reiche wenig-
stens, mit dem durch Zentrum und Demokratie
vertretenen Bürgertum Fühlung gesucht und ge-
funden.

Ein Nachteil aber ist vorhanden: Wir stehen
infolge der neuesten Entwicklung der Dinge heute
genau auf demselben Punkte wie vor dem 9. No-
vember 1918. Die Revolution erscheint den
einen schädlich, den anderen unnütz und gegen die
Mehrheitssozialisten erhebt sich drohend das Ge-
spenst ihrer eigenen Vergangenheit. Die Arbeit-
termassen fühlen sich betrogen, Unrechtssozialisten
und Bolschewisten haben und schüren die Unsu-
friedenheit und mit Schaudern sehen die regie-
renden Sozialisten ihre Anhängererschaft hin-
schmelzen wie Schnee vor der Sonne. Ein War-
ten und Schwanken ergreift die um Ebert und
Scheidemann und leider finden sie anscheinend
den festen Boden nicht mehr, auf dem sie stehen
können. Ihre Beschwörungen, Warnungen und
Bitten an die Arbeiterschaft gleichen verzweifelt
hallenden Hilferufen und selbst in dem dröhenden
Tritt der Regierungsbataillone glaubt man
das schwankende Zittern zu spüren, das ihnen
Sendern den Halt raubt.

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust“

kann heute die Mehrheitssozialdemokratie aus-
rufen und daß sich diese zwei Seelen so öffentlich
aller Augen kundtun, ist das Gefährliche in der
heutigen Lage und erzeugt ein Gefühl der Un-
sicherheit im Volke, das die schwerwiegendsten
Folgen nach sich ziehen kann.

Mit sicherem Blick haben die Unabhängi-
gen, die man ruhig als die Schrittmacher der
Spartakisten und Bolschewisten bezeichnen darf,
die unsichere Lage ihrer angeblich regierenden
Genossen erkannt und sehen den Hebel da ein, wo
er am kräftigsten wirkt: an der Arbeitskraft und
Arbeitswilligkeit des Volkes. In geschickter Agi-
tation und unter Nutzung jeder, auch der gering-
sten Wötte der Gegner entfachen sie überall Un-
zufriedenheit, Arbeitsunlust und Generalstreiks.
Wo Ueberredung nicht hilft, greifen sie zur Ge-
walt und Schrecken. Das Bedenkliche ist, daß
vielleicht die Ueberredung allein schon zum Ziele
führt. Die unerfüllten, weil ohne Blut, Elend
und unsagbares Elend unerfüllbaren Verspre-
chungen der Mehrheitssozialisten tun fast überall
ihre Wirkung.

Verwundert sieht sich die Mehrheitssozialdemo-
kratie zur Wehr, aber die innere Hellsichtigkeit
äußert sich in allzu offenkundiger Schwäche und
die Schwäche wird ihr zum Fluche. Wie ein
Schwermist häuft ihr die Verantwortung an den
Glieder und hindert sie an der freien Entfal-
tung ihrer Kräfte. Aus den Regierungsfundge-
bungen spricht deutlich die Erbände der Träge-
heit der deutschen Revolutionsidee: die Furcht
vor der entscheidenden Tat und die krankhafte
Sucht nach Vermittlung und Verhandlung. „Sa-
baitheit“ ist das Zeichen der Schicksalsstunde,
in der die deutsche Revolution geboren wurde
und unter diesem Zeichen stehen wir noch heute.

Der Aufruf der Reichsregierung, noch mehr
aber Rundschreiben des offiziellen Parteior-
gans — des Vorwärts — zeigen klar und unzweideu-
tig, daß die regierende Sozialdemokratie von ih-
rer verhängnisvollen Krankheit, halbe Zuges-
tändnisse zu machen, wo Entschlußkraft und rein-
liche Scheidung nottut, noch lange nicht geheilt
ist. Während einerseits die Reichsregierung in
Bayern in die Kiste erklärt wird, verspricht man
andererseits den Arbeitern unter einigen Beschrän-
kungen Beibehaltung der Räte, und während
einstufige Parteipolitik vor der Sozialisierung
im letzten Augenblick einklingt, u. mit den besten
Gründen von der Welt warnen, will die Regie-
rung in dieser Frage gerade dem Drängen der
Arbeitermassen nach oder wenigstens entgegen-
kommen. Versprechungen sind aber ein Handels-
artikel, der bei den Arbeitern dank sozialistischer
Lehren sehr schlecht im Preise steht und der Ver-
gleich zwischen jetzt und früher drängt sich dem-
denkenden Sozialisten unwillkürlich auf. Er fällt
zu gunsten der sozialistischen Reichsregie-
rung aus. Wenn die Mehrheitssozialdemokratie
in dem Kampf um Arbeit, wie wir aufrichtig
wünschen, Sieger bleiben will, wird sie sich schon
zu Taten aufraffen müssen, die aber unmöglich
in Zugeständnissen bestehen können.

Der Bolschewismus in Deutschland.

Die Revolution geht weiter.

Berlin, 3. März. Der außerordentliche Par-
teitag der Unabhängigen sozialdemokratischen
Partei wurde gestern vom Alterspräsidenten
Jubel eröffnet, der in erster Linie der Opfer der
Revolution gedachte und als Aufgabe der Par-
teitages bezeichnete, das Gedächtnis der Zukunft
zu errichten, das man sich schon 1917 auf dem
Gothaer Parteitag auf die Revolution vorberei-
tet habe. Sie erfüllte nicht alle Hoffnungen,
aber die Unabhängigen seien nicht so töricht, zu
sagen, die Revolution sei schon zu Ende. Sie
werde ihre Vollendung in dem Triumph des na-
tionalen Sozialismus finden. Die Regierung
sei in das beschauliche, windstille Weimar geflüch-
tet. Ergründet habe sie eine Proklamation er-
lassen, um die Massen zu beschwichtigen. Die
Macht haben nicht so verblendet sein, zu
glauben, sie könnten die Revolution aufhalten,
dadurch, daß sie den Massen einreden, mit der

demokratischen Bourgeoisie und dem Zentrum
die Sozialisierung durchführen zu können. Die
Zukunft gehöre den Unabhängigen. Die Stadt-
verordnetenwahlen zeigten den Umschwung in den
Arbeitermassen. — Quise Hiesig sagte darauf:
Noch viel schlimmer als durch die bürgerliche
Presse wird das deutsche Volk durch die Rechts-
sozialisten heute genau so belogen wie früher.
Die heutige Regierung ist die Contrerevolution
selbst.

Spartakus in Berlin heft zum Generalstreik.

MTB. Berlin, 3. März. (Drith.) Der
Spartakusbund fordert in einem Aufruf in der
„Roten Fahne“ zum Generalstreik auf. Zum
Schluß heißt es: Nieder mit Ebert, Scheidemann
und Noske! Alle Macht den Arbeiterräten!
Laßt Euch nicht wieder einwickeln, wenn wieder
neue Mittelmänner kommen und mit Ebert und
Scheidemann verhandeln und eine neue Re-
sultation aufsetzen mit Ebert und Scheidemann!
Laßt Euch nicht in den Arm fallen von keinem,
heißt er wie er wolle und heißet er auch Unab-
hängiger! Das was Ihr jetzt fordert, darf nicht
bloß verprochen werden: es muß geschehen!

Die Rätereuerung in Bayern.

München, 2. März. Wie die „München-
Augsburger Abendzeitung“ berichtet, ernannte
heute nachmittag nach lebhafter Debatte der
Rätekonferenz die neue Regierung. Präsidium
und Inneres Seitz (M. S.), Handel, Gewerbe
und Industrie Simon (M. S.), Finanzen Joffe
(M. S.).

Noch keine Rätereuerung in Braunschweig.

Braunschweig, 2. März. Der heute vormittag
im Schloß tagende Ausschuß der Braunschweiger
Arbeiterschaft zur Beratung weiterer Maßnah-
men über die Errichtung der Rätereuerung
Braunschweigs sprach sich nach mehrstündiger Ver-
handlung dahin aus, daß die Ausrufung der
Rätereuerung verfrüht sei und beschloß, vorläuf-
ig davon Abstand zu nehmen. Es kam zum
Ausdruck, daß die revolutionäre Arbeiterschaft
Braunschweigs nach wie vor auf dem Boden
der Rätereuerung stehe, aber den Zeitpunkt für
die Errichtung in Braunschweig noch nicht als
erfommen betrachte. Man müsse die Gewähr
haben, das Erreichte auch halten zu können. Es
wurde ein neungliedriges Aktionskomitee gebil-
det. In einer heute nachmittag vor dem Schloß
abgehaltenen Arbeiterversammlung wurde hier-
zu beschlossen, am Montag in allen Betrieben
Braunschweigs eine Urabstimmung vorzuneh-
men, ob die Arbeiterschaft für die sofortige Aus-
rufung der Rätereuerung ist, oder ob sie einstwei-
len davon Abstand nehmen will.

Es scheint also, als ob man doch Angst vor
der eigenen Courage in Braunschweig bekom-
men hat.

Generallstreik in Dresden.

MTB. Berlin, 2. März. Heute veranlaßte
die Arbeitlosen und Kommunisten eine
Protestversammlung, in der sie den Generalstreik
von Montag früh ab erklärten. An die Ver-
sammlung, an der ungefähr 12—13 000 Mann
teilnahmen, schloß sich ein Umzug an, der sich
unter Hochrufen auf den Bolschewismus und den
Gesang der Arbeitermarxistika durch die Stra-
ßen der Stadt bewegte.

Sozialistische Kontrolle Düsseldorf.

Düsseldorf, 2. März. Wegen der Verschlei-
derung von Heeresgut wird neuerdings gegen
den alten Volksgesetz Lage erhoben; er hat aus
den Beständen der Heeresverwaltung große
Mengen Tabak und Zigaretten an hiesige Ge-
schäftsleute veräußert. Wo die Einnahmen hier-
für geblieben sind, ist nicht zu ermitteln, wie ja
überhaupt eine Rechnungslegung von dieser
Seite noch nicht erfolgt ist, allem Anschein nach
auch gar nicht geplant war. Und trotz dieses
Verhaltens des Volksgesetz erhebt jetzt die
Sozialdemokratie die Forderung, aus den Reihen
des Arbeiterrates bis zum Zusammentritt der
neuen Stadtverordnetenversammlung der städ-
tischen Verwaltung zur Kontrolle einen Beirat
zur Verfügung zu stellen. Daß dieser Beirat dem

8000 Mann starken Beleg
Stellgrund ist die Fort